

KLIPP & KLAR SVP-Sense

DIE ZEITUNG DES MITTELSTANDES

SVP-SENSE

Nr.1/2008

info@svp-sense.ch

www.svp-sense.ch

Inhaltsverzeichnis

Seite 1	Standpunkt
Seite 2	Eidg. Abstimmungen
Seite 3	Kant. Abstimmungen
Seite 4	SVP-Freiburg
Seite 5	SVP-Sense
Seite 6	Agglomeration Freiburg
Seite 7	SVP-Sense intern



Impressum:

SVP-Sense
Postfach 61
CH-1714 Heitenried

Liebe Stimmbürgerin und Stimmbürger des Sensebezirks

Ich bedanke mich bei Ihnen ganz herzlich. Sie, unser Stimmvolk, haben im Wahljahr 2007 die SVP massiv unterstützt. Nur so ist es erklärbar, dass wir im Sensebezirk auf über 20.5% zulegen konnten.

Ich möchte Sie bitten, nur kurz einen Blick zurück auf das Jahr 2007 zu werfen. Erinnern Sie sich, was Ihnen die anderen Parteien inhaltlich für die nächsten Jahre versprochen haben? Schon kurz nach den Wahlen begann unser politischer Gegner mit den Themen der SVP Politik zu betreiben. Offenbar weil Sie vergessen haben, welches eigentlich Ihre Ziele sind, ausser Herrn Bundesrat Blocher zu bekämpfen.

Wir sind auf dem richtigen Weg. Denn nur so ist es zu erklären, dass die anderen Parteien und auch die Medien nur noch ein Thema kennen – die SVP.

Ich bin überzeugt, dass die herben Verluste unserer Gegner wegen ihrer politischen Inhalte und der so sehr gepriesenen Akzeptanz von Minderheiten oder Andersdenkenden zurückzuführen sind. Selbst die aufgeworfene Styfrage schwächte unser Ergebnis nicht, aber vielleicht ihres.

Die SVP Sense wird auch weiterhin Transparenz gewährleisten und eine ehrliche Politik verfolgen, somit Sie als unser Wähler klar zu vertreten. Themen wie Agglo haben gezeigt, wenn gewählte Politiker nicht auf die Stimme des Volkes hören, sondern Ihre eigenen, oft persönlichen Interessen nachgehen. Wo bleibt da die Ehrlichkeit, die jeder Politiker vor seinem Wähler haben muss?

Es würde mich sehr freuen, wenn Sie sich auch für die klare Linie der SVP Sense entscheiden.

Gaston Waeber, Präsident SVP Sense, Gemeinderat Tafers



Einbürgerungsentscheide müssen politische Entscheidungen bleiben

Im Jahr 2003 hat das Bundesgericht die bisherige Einbürgerungspraxis umgestossen. Den Gemeinden und dem Schweizer Volk wurde die Kompetenz entzogen abschliessend über die Erteilung des Bürgerrechts zu entscheiden. Das bisherige demokratische Verfahren wurde aufgehoben und die Entscheidung, wer Schweizer werden soll und wer nicht, an die Richter übertragen.

Dieses Urteil des Bundesgerichtes schwächt unsere Volksrechte und macht aus den Einbürgerungen einen Verwaltungsakt. Ablehnende Einbürgerungsentscheide muss die zuständige Instanz nun im Detail begründen und abgewiesenen Kandidaten wird ein Rekursrecht eingeräumt. In diesem Verfahren geht man neuerdings also vom Grundsatz aus, dass ein Recht auf Einbürgerung besteht und vor Gericht eingefordert werden kann.



Über eine Hintertür hat der administrative Apparat damit auch einen Weg gefunden, um die Einbürgerungen zu erleichtern, dies obwohl entsprechende Vorlagen vom Volk immer wieder abgelehnt wurden. Denn ein Gericht oder eine Verwaltung ist in jedem Fall weiter entfernt von den Gesuchstellern als dies die Gemeindebürger oder die von der Gemeinde festgelegten Instanzen sind. Dies erschwert die Beurteilung, ob ein Kandidat die Voraussetzungen für die Erteilung des Bürgerrecht erfüllt, massiv oder verunmöglicht diese sogar. Es ist abzusehen, dass dadurch auch schlecht integrierte, sozialhilfeabhängige und gar kriminelle Ausländer eingebürgert werden.

Wir müssen in dieser Frage auch immer bedenken was das Schweizer Bürgerrecht mit sich bringt. Es geht hier nicht nur um die Erteilung eines Ausweispapiers, sondern auch darum die Eingebürgerten in unser System zu integrieren. Der Schweizer Bürger hat in der direkten Demokratie weit reichende Kompetenzen, er bekommt die Instrumente und Rechte um sich zu bedeutungsvollen Themen zu äussern und fällt Entscheidungen. Viele dieser Entscheidungen haben eine grosse politische Tragweite und verlangen viel Verantwortung von jedem Einzelnen. Die Einbürgerung ist deshalb ein Entscheid, der von denjenigen getroffen werden muss, die am Besten beurteilen können, ob ein Kandidat diese Verantwortung tragen kann.

Die Gemeinden und vor allem auch die Einwohner der Wohngemeinden sind in der Lage ein Einbürgerungsgesuch zu beurteilen. Sie kennen den Gesuchsteller und können beurteilen, ob sich dieser in unsere Gesellschaft integriert hat und ob die Bereitschaft und der Wille erkennbar sind, die notwendige Verantwortung zu übernehmen, um unser Land und das System als neuer Mitbürger mit zu gestalten. Wenn ein Einbürgerungskandidat diese Anforderungen erfüllt und damit die Grundwerte seiner neuen Heimat mitträgt, dann wird er von seinen künftigen Mitbürgern auch anerkannt.

Die Volksinitiative „Für demokratische Einbürgerungen“ will den bewährten Zustand, der in der Schweiz eine lange Tradition hatte, wieder herstellen. Bei Annahme der Vorlage können die Gemeinden wieder selber festlegen, welches Organ für die Erteilung des Gemeindebürgerrechts zuständig ist. Der Entscheid dieses Organs wird dann definitiv sein und kann nicht mehr vor Gericht angefochten werden.

Einbürgerungen müssen ein direktdemokratischer, politischer Entscheid bleiben und dürfen nicht zum Verwaltungsakt verkommen. Sagen Sie deshalb am 1.Juni **JA** zur **Einbürgerungsinitiative**. Denn diese Vorlage stellt wieder Sicherheit bezüglich der Rechtsanwendung her, stärkt die Volksrechte und verhindert Masseneinbürgerungen ohne klaren Integrationswillen.

Jean-François Rime, Nationalrat SVP, Bulle

Abstimmung zum freiburgischen Bürgerrechtsgesetz

Am 1. Juni werden Sie sich zu einem wichtigen Thema unserer kantonalen Demokratie äussern können. Es geht um die Änderung des freiburgischen Bürgerrechtsgesetzes, ein ausschliesslich kantonales Projekt.

Die freiburgische SVP hat im Juni 2007 dagegen das Referendum ergriffen. Dieses wurde mit fast 9'000 Unterschriften, statt der erforderlichen 6'000, eingereicht.

Zwei Hauptgründe führten uns zur Rückweisung dieser Gesetzesreform:

Das neue Gesetz, das im Mai 2007 durch den Grossen Rat verabschiedet wurde, verlangt im Artikel 33, Alinea 1 "Der Gemeinderat entscheidet über die Erteilung des kommunalen Bürgerrechts". Im Grossen Raten haben wir diese Version bekämpft und folgende Abänderung vorgeschlagen: "Die Gemeindeversammlung oder der Generalrat entscheiden über die Erteilung des kommunalen Bürgerrechts". Mit dieser Abänderung wollten wir die Einbürgerungskompetenz bei der Gemeindeversammlung oder dem Generalrat belassen. Dieser Abänderungsvorschlag wurde mit 55 gegen 44 Stimmen und einer Enthaltung verworfen. Die Einbürgerung ist eine höchst politische Handlung und der Bürger/in muss das Recht haben sich dazu zu äussern. Wenn diese Kompetenz an den Gemeinderat übergeht, also an die Exekutive, dann haben wir Nichts mehr dazu zu sagen. Nicht zu vergessen ist, dass auf kantonaler Ebene weiterhin der Grosse Rat, also die Legislative, und nicht der Staatsrat als Exekutive, die Einbürgerung definitiv ausspricht.

Ein weiteres Element ist, dass die neue Freiburger Kantonsverfassung ausländischen Einwohnern das Stimm- und Wahlrecht auf Gemeindeebene gewährt. Dadurch haben wir in unseren Gemeindeparlamenten und -exekutiven demokratisch gewählte ausländische Personen, die Einbürgerungsdossier behandeln und darüber entscheiden können - sonderbar!

Der Grosse Rat wollte 2007 bei der Behandlung des neuen Gesetzes die Ausstandspflicht für ausländische Personen nicht aufnehmen, trotz unserer Interventionen. Wir sind der Auffassung, dass das neue Gesetz durch folgenden Text ergänzt werden muss (Artikel 33, Alinea 4): «In Einbürgerungsfragen haben ausländische Personen in den Ausstand zu treten».

Aus diesen zwei Gründen empfehlen wir ein **NEIN** zum neuen **freiburgischen Bürgerrechtsgesetz**.

*Josef Binz, Grossrat, St. Antoni
(Bild links)*

*Alfons Piller, Grossrat und Gemeinderat Plaffeien
(Bild rechts)*



Begrüßungsworte der Kantonalpräsidentin

Liebe Freunde der SVP-Sense

Bravo und herzlichen Dank an Euch Alle, verehrte Parteikollegen und -kolleginnen, für Eure aktive Teilnahme an den diversen Sitzungen, Versammlungen, Veranstaltungen und Treffen. Ich darf feststellen, dass die Sense immer vertreten ist.

Ihr habt bei den Eidgenössischen Wahlen 2007 ein Super-Resultat erreicht: mehr als 20% der Stimmen für die SVP, das ist ein grosser ERFOLG !

Eure Solidarität gegenüber dem Spital von Meyriez ist ebenfalls bemerkenswert: Eure beiden Grossräte Joseph Binz et Alfons Piller nahmen an der Manifestation teil in der Absicht, den Respekt unserer Identität einzufordern.

Es ist extrem wichtig, dass eine Minderheit, in diesem Fall jene der Sensler und Seebezirkler, diese Kraft und diesen kämpferischen Geist behält. Die Befindlichkeiten und die Interessen der Minderheiten müssen berücksichtigt werden. Dies ist das Grundprinzip des Föderalismus, welches integraler Bestandteil der politischen Leitlinien der SVP ist.

Am kommenden 1.Juni gehen wir an die Urnen. Zwei Vorlagen betreffen uns direkt:

1. Auf nationaler Ebene geht es um die durch die SVP-CH lancierte Volksinitiative «**Für demokratische Einbürgerungen**». Sie verlangt, dass die Tradition der direkten Demokratie erhalten bleibt und dass das Stimmvolk jeder Gemeinde selber bestimmt, welches Organ auf Gemeindeebene das Bürgerrecht erteilen soll. Zudem wird präzisiert, dass die Entscheidungen definitiv sind. Besten Dank für die Unterstützung dieser SVP-Initiative, in dem Sie **JA** stimmen.
2. Auf kantonaler Ebene hat die SVP-FR das Referendum deponiert gegen die vorliegende **Revision des Bürgerrechtsgesetzes**. In diesem hat der Kanton Freiburg festgelegt, dass die Einbürgerungskompetenz nicht mehr der Legislative, also der Volksvertretung, zustehen soll. Zudem hat die neue Kantonsverfassung den Ausländern das Stimm- und Wahlrecht auf Gemeindeebene zugestanden. Das würde dazu führen, dass ein Ausländer einem andern Ausländer das Schweizer Bürgerrecht erteilt, was doch gegen jede Logik geht. Die Ausstandspflicht wurde aber bewusst nicht ins Gesetz aufgenommen. Die Ablehnung dieses Bürgerrechtsgesetzes ist also eine Notwendigkeit. Gerne ermuntere ich Euch, **NEIN** zu dieser Gesetzesrevision zu stimmen und damit das Referendum der SVP-FR zu unterstützen.

Behaltet Euren Mut und Euren Kampfgeist. So werden wir zusammen die politischen Wege gehen können, die manchmal kurvenreich und steinig sind!

Mit meinen besten Wünschen und all meiner Unterstützung.

Die Kantonalpräsidentin SVP-Freiburg, Gilberte «Doudou» Demont, Murten



SVP-Sense und die Oppositionspolitik

Es liegt grundsätzlich in der Kompetenz der „Vereinigten Bundesversammlung“, die Mitglieder der Landesregierung im Amt zu bestätigen oder abzuwählen. Darum ist die Wahl von Frau Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf gemäss Verfassung absolut korrekt abgelaufen. Die SVP-Sense bedauert zwar die Abwahl von Christoph Blocher aus dem Bundesrat, respektiert aber den Parlamentsentscheid.

Über die Umstände der Abwahl von Christoph Blocher, wurde schon viel geschrieben und spekuliert. Fehler wurden sicher von allen am Konflikt beteiligten gemacht. Die SVP-Sense hofft, dass es zwischen der schweizerischen Parteispitze und Frau Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf, zu einer einvernehmlichen Lösung kommt. Von den Morddrohungen und den üblen Beschimpfungen, wie sie gegen die neue Bundesrätin geäussert wurden, möchte sich die SVP-Sense klar, und in aller Form distanzieren.

Die SVP-Schweiz kann nun aber nicht zur Tagesordnung übergehen, wie es von der schwarz-rot-grünen Anti Blocher-Allianz erhofft wurde. Da ein amtierender Bundesrat abgewählt wurde, ist nun die SVP auf Bundesebene nicht mehr Regierungs- sondern Oppositionspartei. Diese Strategie wurde schliesslich während dem Wahlkampf immer klar und deutlich kommuniziert.

Für uns als Bezirkspartei ist die neue Situation aber kein Grund unsere Politik grundlegend zu ändern. Nach wie vor werden wir unsere Positionen klare vertreten. Bei Meinungsverschiedenheiten, hoffen wir auf faire Auseinandersetzungen, auf der Grundlage des gegenseitigen Respekts. Wie hoffentlich bald in Bundesbern, ist nun Sachpolitik gefragt. Wir haben insgesamt 2 Grossräte, und sind mit 7 Mitgliedern in 6 Gemeindeexekutiven vertreten. In diesen Gemeinden sind auch Leute aktiv, die in Kommissionen mitarbeiten. All diese Mandatsträger, werden wie bisher konstruktiv gegenüber der Bevölkerung ihre Aufgaben wahrnehmen. Wenn es um die Interessen unseres Sensebezirkes geht, haben wir auch zu den anderen Parteien und Gruppierungen keine Berührungspunkte.

Als klare bürgerliche Partei werden wir in Zukunft auch Anstrengungen unternehmen uns im Sensebezirk noch besser zu etablieren. Da wir nun Oppositionspartei sind werden wir auch aktiv sein, wenn es darum geht Unterschriften zu sammeln. Sei es für eine Initiative, oder ein Referendum. Die Aufgabe einer Oppositionspartei ist es schliesslich, einer Regierung sei es national- oder kantonale, auf die Finger zu schauen und die nötigen Korrekturen vorzunehmen.

*Hans Schnell, Mitglied Delegiertenrat SVP-Sense, Schmitzen
Redaktionsteam „Klipp & Klar“*

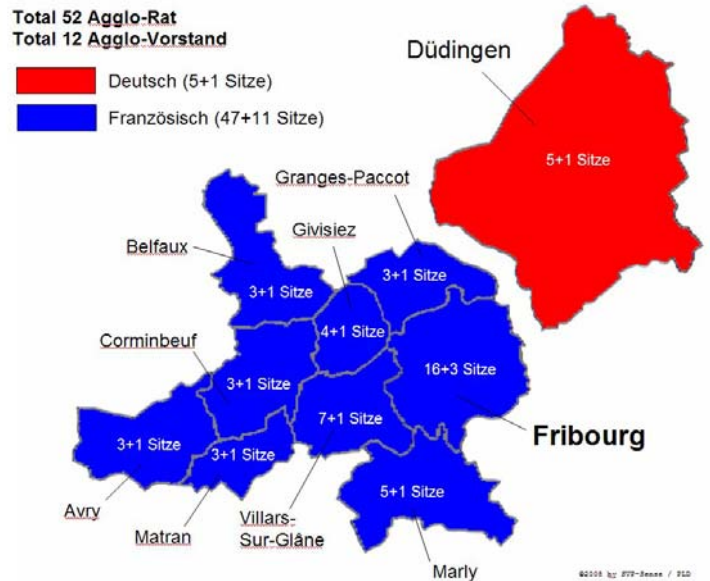
Wählen Sie deshalb SVP!



Ein Urnengang mit besonderen Vorzeichen

Die Bevölkerung der Gemeinde Düdingen hat als einzige Gemeinde des Sensebezirkes und als einzige deutschsprachige Gemeinde die „Ehre“ am 1. Juni 2008 über die Statuten der Agglomeration Freiburg, kurz Agglo genannt, abzustimmen. Alle Volksabstimmungen sind ein urdemokratischer Akt und als solcher zu begrüssen und die Ergebnisse ohne wenn und aber zu akzeptieren. Nicht so bei der Agglo. Laut den vorliegenden Statuten bestimmen die Mehrheit der stimmenden Bürgerinnen und Bürger und die Mehrheit der

Gemeinden über Annahme der Statuten. Eine Gemeinde kann so von den anderen überstimmt werden und wird zum Beitritt zur Agglo gezwungen. **Ein Austritt kann frühestens auf den 31.12. 2023 erfolgen!!!** Die Ehre an einem solchen Urnengang teilzunehmen wird von uns zumindest als nicht gross eingestuft. Die SVP Düdingen bezeichnet eine solche Abstimmung als ganz und gar nicht urdemokratisch und sie widerspricht unseren Werten. Eine derart wichtige und einschneidende Frage kann nur mit dem Volk, und nicht gegen das Volk, entschieden werden. Die Gründe, die zu einem solchen Verhalten der Verantwortlichen geführt haben, muss sich jede Stimmbürgerin und jeder Stimmbürger selber suchen.



Nun zur **Agglomeration Freiburg**. Sie besteht aus den Gemeinden Freiburg, Avry, Belfaux, Corminboeuf, Düdingen, Givisiez, Granges-Paccot, Marly, Matran und Villars-sur-Glâne. Der Zweck ist die interkommunale Zusammenarbeit für die Aufgaben von regionalem Interesse in folgenden Bereichen: Raumplanung, Mobilität, Umweltschutz, Wirtschaftsförderung, Tourismusförderung und Kulturförderung. Die Legislative in der Agglo ist der Agglorat bestehend aus ca. 52 Aggloräten aufgeteilt nach Bevölkerungszahl der Mitgliedsgemeinden. Für Düdingen wären das 5 Sitze. Die Exekutive bildet der Agglorvorstand und besteht aus je einem Mitglied pro Gemeinde plus zwei Sitze für die Gemeinde Freiburg. Die Kosten des Betriebs der Agglo werden nach zwei Verteilschlüsseln aufgeteilt. Der erste trägt der Einwohnerzahl der Gemeinden Rechnung und aus Solidaritätsgründen die Finanzkraft und beträgt für Düdingen zurzeit ca. 9.12%. Der zweite betrifft die Betriebskosten für den öffentlichen Verkehr. Dieser lehnt sich an den Verteilschlüssel der CUTAF an und beträgt für Düdingen zurzeit ca. 2.3%. Neu für Düdingen ist, dass die Investitionskosten des öffentlichen Verkehrs nicht mehr nach dem CUTAF Schlüssel verteilt werden. Was für Düdingen unbekannte Mehrkosten bedeuten kann. Die Kosten der Gemeinde Düdingen an den Betrieb der Agglo kann als ca. 400'000.- Franken beziffert werden, wobei die Beträge an die CUTAF und CORIOLIS, die schon heute ca. 240'000.- Franken ausmachen, abgezogen werden können.



Der erweiterte Vorstand der SVP Düdingen empfiehlt mit grossem Mehr seinen Mitgliedern und allen Düdinger ein NEIN in die Urne zu legen.

Niklaus Mäder, SVP-Düdingen

Parolenspiegel der SVP-Sense

Eidgenössische Abstimmung 1.Juni 2008

Volksinitiative „Für demokratische Einbürgerungen“	JA
Volksinitiative „Volkssouveränität statt Behördenpropaganda“	NEIN
Verfassungsartikel „Für Qualität und Wirtschaftlichkeit in der Krankenversicherung“ (Gegenentwurf zur zurückgezogenen Volksinitiative „Für tiefere Krankenkassenprämien in der Grundversicherung“)	JA

Kantonale Abstimmung 1.Juni 2008

Referendum gegen das freiburgische Bürgerrechtsgesetz	NEIN
---	-------------

Abstimmung 1.Juni 2008 (nur Gemeinde Düdingen)

Über die Statuten der Agglomeration Freiburg	NEIN
--	-------------

Die Mandatsträger der SVP-Sense

			
Binz Josef Grossrat St.Antoni	Piller Alfons Grossrat/Gemeinderat Schwarzsee/Plaffeien	Beyeler Margrit Gemeinderätin Tentlingen	Hodel Jürg Gemeinderat Bösingen
			
Mäder Niklaus Gemeinderat Düdingen	Piller Elmar Gemeinderat Plaffeien	Waeber Gaston Gemeinderat Präsident Tafers	Zosso Markus Gemeinderat Vize.Präs. Schmitten

Redaktionsleiter

Schnell Hans, Tützenberg 2b, CH-3185 Schmitten, Natel: 079 737 02 07



**Schweizer
Qualität** 

Wollen Sie der SVP-Sense beitreten?

Sind Sie auch der Meinung, dass ...

- ... die Steuerbelastung zu hoch ist?
- ... die soziale Umverteilung zu weit geht?
- ... das unsere Einbürgerungspolitik zu large ist?
- ... die bestehenden Sozialwerke zu sichern sind?
- ... zu viele Gesetze erlassen werden?
- ... die direkte Demokratie verwässert wird?
- ... ein hochwertiges Bildungsangebot unser wichtigstes Kapital ist?
- ... Eigenverantwortung vor staatlicher Hilfe stehen muss?

Wenn Sie diese Fragen mit **JA** beantworten, dass sind Sie bei uns an der richtigen Adresse.

Mitglied

Gönner/-in

Sympathisant/-in

Name / Vorname:	
Strasse Nr.:	
PLZ / Wohnort:	
Telefon-Nr.:	
E-Mail:	
Datum:	
Unterschrift:	

©2008 by SVP-Sense / V1.2.2 / PLD

Formular ausschneiden und an SVP-Sense, Postfach 61, CH-1714 Heitenried FR senden.
Internet: <http://www.svp-sense.ch>